

Thesen zur Lage der SPÖ

Roland Atzmüller

Was haben wir am 1. Mai gelacht, als eine rotgewandete Sängerin die von Christian Kolonovits arrangierte Version der Internationale unverzagt den vor Schreck erstarrten Massen am Rathausplatz entgegenschmetterte. Mit der zeitlichen Distanz einiger Monate muss ich aber heute gestehen, dass Häme gegen den Austropop-Produzenten nicht angebracht war. Dass seine Version so klang wie Céline Dions Titanic-Song ist doch ein interessanter Kommentar zum Zustand der SPÖ – ob beabsichtigt oder nicht ... Wenn schon Kolonovits die SPÖ an den Eisberg singen lässt, dann verwundern andere drastische Diagnosen, wie jene von Anton Pelinka, der die Genossen in der Zeit (DIE ZEIT, 02. 07. 2009 Nr. 28) Anfang Juli am Abgrund sah, nicht mehr.

Es ist nicht notwendig, die Fakten im Detail zu wiederholen, die SPÖ konnte zwar bei der Nationalratswahl 2008 wieder den ersten Platz erringen, ist aber auf einen historischen Tiefststand abgerutscht – 29,3% oder 1,43 Mio. Stimmen. Seitdem hat die SP praktisch jede Wahl verloren und wurde bei der EU-Wahl von der ÖVP auf den zweiten Platz verdrängt. Für kommende Regionalwahlen sieht es nicht besser aus.

Sicher, die Krise der parlamentarischen Linken ist weder ein österreichisches Spezifikum, wie die Ergebnisse der EU-Wahlen gezeigt haben, noch ein Spezifikum der österreichischen Sozialdemokratie. Seit sich die österreichischen Grünen immer widerstandslos das Etikett umhängen lassen, eine Partei des urbanen BürgerInnen-tums zu sein, die ziemlich problemlos mit der ÖVP koalieren kann, sind auch dort die Wahlerfolge enden wollend.

Die gegenwärtige Krise der parlamentarischen Linken in Österreich und insbesondere der Sozialdemokratie unterscheidet sich aber von Entwicklungen wie sie z. B. in Deutschland beobachtet werden konnten. Es wird meines Erachtens auf absehbare Zeit in Österreich keinen Raum für eine parlamentarisch verankerte Linkspartei geben, da die österreichische Sozialdemokratie erstens keine Tradition der organisatorischen Spaltungen hat und ein Hartz-IV-Moment, der zu einem massiven Bruch innerhalb der Organisationen der Sozialdemokratie führen könnte, vorläufig nicht absehbar ist. Eine österreichische Linkspartei könnte aber nur erfolgreich sein, wenn es zu einer signifikanten Abspaltung von den Gewerkschaften und der SPÖ käme. Ersteres wäre vielleicht in der BAWAG-Krise möglich gewesen, zweiteres wird meines Erachtens nur passieren, wenn die SPÖ auf Bundesebene mit der FPÖ koalitiert.

Der Niedergang der parlamentarischen Linken scheint aber in der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise einigermaßen paradox. Allenthalben wurde in den letzten Monaten die Rückkehr von Keynes, ein Wiedererstarken des Staates, ja sogar das Ende des Neoliberalismus prognostiziert. Und was passiert? Die parlamentarische Linke macht es den Börsenkursen nach ... Nur, Wunder ist das aber keines. Welche programmatischen Alternativen hat die Sozialdemokratie anzubieten? Dass mit der Sozialdemokratie eh alles weniger schlimm kommt als mit den Rechten und Konservativen? Weil man auch noch das Zusammenstreichen der bedarfsorientierten Mindestsicherung als Erfolg verkaufen können muss, wenn der Finanzminister sagt,

es ist nicht genug Geld da und die Arbeitsmoral dürfe nicht leiden, damit überhaupt irgendwas am Sozialhilfesystem geändert wird? Weil man einsehen können muss, dass gegen die ÖVP und eine Häuselbauerkampagne der Boulevard-Medien eine Vermögensbesteuerung nicht mal diskutiert und gefordert werden kann ...

Es gehört zu den üblichen Mantren der Linken in und außerhalb der SPÖ, dieser als Antwort auf die Offensiven der Konservativen und Rechten (und damit ist die Fortdauer des Kapitalismus gemeint) einen Linksruck, die Rückkehr zu einer sozialeren Politik etc. zu empfehlen, wie das auch Barbara Blaha und Dominik Griesjüngst in der Zeitschrift *Zukunft* (Zukunft 06/2009) gemacht haben. Das Problem an derartigen Forderungen ist aber, dass sie abstrakt und voluntaristisch bleiben, wenn nicht die veränderten gesellschaftlichen Grundlagen emanzipatorischer Veränderungen analysiert werden. Diese sind nicht mehr in den Vorstellungen der 1970er Jahre zu denken.

These 1

Die SPÖ (und auch die Gewerkschaften) befinden sich in einer Abwärtsspirale, weil sie nicht ausreichend erfasst hat, was die Veränderungen der Klassenstruktur in Österreich seit den 1970er Jahren für ein erneuertes Projekt gesellschaftlicher Veränderung bedeuten. Die Arbeiterklasse ist nicht mehr allein durch den männlichen, weißen Industriearbeiter zu definieren. Die Veränderungen umfassen z. B. die zunehmende Frauenerwerbstätigkeit und die Veränderung der Familienformen, das Anwachsen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse und das Wachstum der Working Poor. Seit 1968 sind die hierarchischen und autoritären Organisationsformen der Gesellschaft, die auch die fordistische ArbeiterInnenbewegung prägten, massiv erschüttert worden. Diese Entwicklungstendenzen lassen die am Normalarbeitsverhältnis geformten Vorstellungen von ArbeiterInnenklasse, deren Interessen und Stellvertreterpolitik immer weniger greifen. Die am männlichen Familienernährer orientierte Struktur der sozialen Sicherungssysteme wird den veränderten sozialen Realitäten nicht mehr gerecht. Die überkommenen Organisationsstrukturen der ArbeiterInnenbewegung, die sie prägende inhaltliche Ausrichtung und die strategische Orientierung an der Sozialpartnerschaft sind sichtlich nicht fähig, adäquat auf die skizzierten Entwicklungstendenzen zu reagieren. Ja mehr noch, die überkommenen Organisationsformen ersticken immer wieder mögliche Räume politischer Mobilisierung und demokratischer Auseinandersetzung.

Die angesprochenen gesellschaftlichen Veränderungen sind exemplarisch sicher am klarsten an der Migration festzumachen. Fast 20% der Bevölkerung in Österreich haben migrantischen Hintergrund, in Städten wie Wien liegt der Anteil bereits bei 35%, in manchen sozialen Schichten (ArbeiterInnen) noch höher. Bislang hat es die SPÖ (und die Gewerkschaften) nicht geschafft, diese Entwicklung tatsächlich in der Zusammensetzung ihrer AktivistInnen und Apparate abzubilden.¹ Wie viele ParlamentarierInnen, Gemeinde- und BezirksrätInnen, BetriebsrätInnen etc. haben Migrationshintergrund? Ja mehr noch, die SP und die Gewerkschaften haben sich selbst nolens volens zum Teil des österreichischen Rassismus und seiner Institutionalisierung gemacht. Helfen tut ihnen das nichts, da die Ethnisierung gesellschaftlicher Alltagskonflikte durch die Rechte die SP als »Multikulti-Träumer« und »Umvölker« erscheinen lässt und letztere gleichzeitig der durch den Rassismus

beförderten Aufkündigung gesellschaftlicher Solidarität nichts entgegenzusetzen vermag.²

An dem für die ArbeiterInnenbewegung zentralen Begriff der Solidarität kann angesichts des zunehmenden Rassismus in Österreich deutlich gemacht werden, warum der von vielen Linken in und außerhalb der Sozialdemokratie geforderte Linksschwenk solange abstrakt bleiben muss, wie die ArbeiterInnenbewegung nicht fähig ist, die Relativierung des bisherigen nationalen Bezugsrahmens durch Migration durch ein neues transnationales und interkulturelles politisches Projekt auf praktischer aber auch programmatischer Ebene zu beantworten. Auch die anderen, oben kurz angeführten sozialen Veränderungen erfordern ein neues Verständnis von Solidarität, von sozialer Gleichheit und individueller Autonomie – eben eines, das fähig wäre, den gesellschaftlichen Veränderungen gerecht zu werden.

Meines Erachtens wird aber eine Erneuerung von Werten wie Solidarität nur möglich sein, wenn gleichzeitig demokratische Mechanismen entwickelt werden, die fähig sind, »die Anderen« einzubinden und Konzepte wie Solidarität der Heterogenisierung der Gesellschaft und den unterschiedlichen Bedürfnissen anzupassen. Dies aber kann nicht auf QuotensprecherInnen der migrantischen Communities, die in den Medien auftreten, reduziert werden. Vielmehr geht es um Prozesse von unten, die an den Problemen und Konflikten der Lebenswelt ansetzen und daher die Logiken der Parteiapparate überschreiten.

These 2

Weil die Partei nicht fähig ist, adäquat auf die gesellschaftlichen Veränderungen zu reagieren, wird die Kluft zwischen der Gesellschaft und der sozialen Zusammensetzung der Abgeordneten meines Erachtens größer. Klar, die SPÖ hat eine Frauenquote von 40%, der Großteil der Abgeordneten aber ist den höheren Bildungsschichten (erreicht oft über den zweiten Bildungsweg) zuzurechnen und kommt aus staatlichen (viele LehrerInnen und Exekutivbeamte) und staatsnahen Bereichen. Damit aber haben viele der Abgeordneten nicht (mehr) den Erfahrungshintergrund der sozialen Gruppen, die sie repräsentieren sollen, was Voraussetzung von Mobilisierungsprozessen wäre.

Außerdem zeigen etwa die Entwicklungen in der deutschen SPD, dass eine tiefgreifende Veränderung der politischen Soziologie der FunktionärInnen der Partei stattfindet. Diese hängt m. E. mit dem Umbau des Staates durch die Privatisierung und Ausgliederung vormaliger öffentlicher Unternehmen zusammen. Letztere stellen eine zentrale Machtbasis der Partei dar – was sie übrigens nicht zur Keimzelle einer sozialistischen Transformation machte. Über den Einfluss in den staatlichen Unternehmen und Apparaten und natürlich durch den wahlpolitischen Erfolg der jeweiligen Parteiorganisationen (Stimmenmaximierung) konnten Arbeitsplätze erhalten, geschaffen und verteilt sowie Sozialleistungen ausgebaut werden. Das heißt, der Erfolg dieser Apparate war auch unmittelbares Interesse der FunktionärInnen der Partei. Der sozialdemokratische Politiker war daher tatsächlich »nichts ohne die Partei« – was bis zu einem gewissen Grad sogar demokratisierend wirkte, da dies auch auf alle anderen zutraf und daher der soziale Status politischer Ämter relativiert wurde. Auf diese Weise integrierten die Apparate der Sozialdemokratie nicht nur die Mitglieder und sorgten für die Erzeugung eines gemeinsamen Interesses, wie die Parteienforschung nach 1945 betont hatte, sondern banden auch die ParteifunktionärInnen zumindest bis zu einem gewissen Grad an die Interessen ihrer Basis.

Spätestens seit der Schröder-SPD ist klar, dass dieses Modell immer weniger funktioniert. AbsolventInnen der Bildungsinstitutionen verweigern die Ochsentour von unten und wollen – ganz RepräsentantInnen der Mittelklasse – ihrer Qualifikation gemäße Quereinstiege in die Organisation. Diese neuen Milieus von ParteifunktionärInnen können sich ihre Beziehung zur Bevölkerung nur noch als PR und Kampagnen vorstellen. Ja mehr noch, aufgrund des voranschreitenden Machtverlustes der Organisationen der ArbeiterInnenbewegung bieten sie sozialdemokratischen High Potentials immer weniger eine langfristige berufliche Perspektive. Das Verhältnis dieser veränderten Funktionärsschicht zur Partei und ihren Zielen wird instrumentell, da es mehr um das Knüpfen von Kontakten und die Schaffung von Netzwerken, die man bei späteren unternehmerischen Aktivitäten gut nutzen kann, zu gehen scheint, als um Politik im Interesse der Basis, die man zu repräsentieren hätte. Politik wird zum Verkaufen von Messages, Positionierung am Wählermarkt und Leadership des jeweiligen Vorsitzenden, als dessen größte Stärke die Fähigkeit zu unpopulären Maßnahmen gefeiert wird.

These 3

Die Abwärtsspirale, in der sich die SPÖ bzw. die parlamentarische Linke in Österreich insgesamt befindet, ist Ergebnis der Schwäche der demokratischen Mobilisierung und der sozialen Bewegungen in Österreich. So konnten nach den großen Protesten im Jahr 2000 und den betrieblichen Mobilisierungen der Gewerkschaften die Sozialdemokratie und die Grünen bei den Wahlen 2002 etwa 350.000 Stimmen dazu gewinnen. Das reichte bekanntermaßen nicht aus, die Mehrheitsverhältnisse in Österreich zu ändern. Es zeigt aber, dass eine mögliche Verschiebung der politischen Mehrheitsverhältnisse von der Fähigkeit der Linken insgesamt abhängt, politische Räume zu öffnen, in denen über die Gesellschaft diskutiert wird und die den herrschenden Entwicklungen entgegenzutreten und Widerstand zu leisten in der Lage sind. Das Besondere an den Protesten war, dass sie einerseits die Logiken der Spindoktoren und PR-Abteilungen, die die Politikvermittlung der Sozialdemokratie spätestens in den 1990er Jahren zu dominieren angefangen hatten, unterlaufen konnten. Andererseits reichten sie aber auch über die Zirkel der linken Kleingruppen und der oftmals eher aus den Mittelklassen kommenden AktivistInnen der sozialen Bewegungen hinaus und erfassten weite Teile der Gesellschaft. Weder die Sozialdemokratie noch die Grünen investierten jedoch große Mühen, die aktivistischen und widerständigen Impulse aufzunehmen und die in der Bewegung sichtbaren demokratischen Prozesse auf Dauer zu stellen. Im Gegenteil, die Diskussionen nach den Streiks 2003 haben gezeigt, dass die kämpferischen Impulse der Beschäftigten rasch der Zusage von (letztlich wenig erfolgreichen) Verhandlungen geopfert wurden. Eine dauerhafte Orientierung der Sozialdemokratie nach links erscheint mir nur möglich, wenn die Partei und ihre FunktionärInnen (wieder?) lernen, die sich entfaltenden Spannungsfelder und Konflikte mit außerparlamentarischen Protestbewegungen und ihren überschießenden Gehalt auszuhalten. Dafür ist die Erweiterung demokratischer Prozesse und Auseinandersetzungen eine wesentliche Voraussetzung – was die Sozialdemokratie zumindest programmatisch noch Anfang der 1970er wusste. Es geht daher nicht um mehr Staat, sondern um mehr Demokratie.

Die Linke verfügt in Österreich zur Zeit nicht über die Fähigkeit, grundlegende Auseinandersetzungen über die gesellschaftlichen Entwicklungen anzustoßen.³ Dies

kann heute sicher nicht mehr in Form von Parteizeitungen und dergleichen passieren, sondern würde unabhängiger linker und damit auch parteikritischer Medien bedürfen, die eine Voraussetzung eines demokratischen Projektes darstellen. Die Strategie der gegenwärtigen SPÖ-Führung, ihre Politik an den Interessen der Boulevardmedien auszurichten, ist bereits viel gescholten worden. Dadurch werden autoritäre und ressentimentgeladene Formen von Politik befördert, die populistische Politikformen stärken und entpolitisiert wirken. Das aber schränkt in letzter Konsequenz nicht nur den politischen Handlungsspielraum für eine gesellschaftsverändernde Politik ein, sondern wird auch nur kurzfristig erfolgreich sein.

Doch auch die so genannten Qualitätsmedien, die das lachsrosa Distinktionsstreben der urbanen Mittelschichten mit dem weiten Horizont befördern und am liebsten Neoliberalismus ohne schlechtes Gewissen und Junk Bonds hätten, stellen nicht den Raum dar, in dem eine Diskussion um gesellschaftliche Veränderungsperspektiven stattfinden kann. Die Bobos sind zwar besorgt, dass in der gegenwärtigen Krise Menschen verarmen, der Rassismus zunimmt und die Umwelt zerstört wird, sehen die Lösung aber weniger in einem sozialistischen Umbau der Gesellschaft als vielmehr darin, den Menschen zu vermitteln, dass sie so werden müssten wie sie – gebildete und tolerante (gegenüber ihrer polnischen Putzfrau) Citoyens, die auf ihre Ernährung achten und regelmäßige Work Outs machen ...

Will die SPÖ der gegenwärtigen Krise dauerhaft entgegenkommen, müsste sie sich daher entscheiden, ob sie ihr Verständnis politischer Prozesse weiter auf Fragen der Kampagnenfähigkeit und PR reduziert und ihren Apparat dahingehend ausrichtet, oder ob und wie sie die demokratischen Spielräume und Prozesse in der Gesellschaft vergrößern kann. Wie der Niedergang der britischen Labour Party zeigt, wird eine Strategie, die auf die Dominanz der Parteizentrale und PR-Abteilungen setzt und die die innerparteiliche Demokratie den bürgerlichen Medien unterordnet, auf Dauer nicht erfolgreich sein.

Anmerkungen

- 1 Es ist z. B. immer noch Zeitungsberichte wert, dass der neue Kommunikationschef (Nedeljko Bilalic) der SPÖ migrantischen Hintergrund hat.
- 2 Der von der FPÖ mobilisierte Rassismus beruht auf der Formulierung einer exklusiven, nationalen Solidarität, die keine ist, da sie immer unter dem Vorbehalt von »Fleiß und Anstand« steht, wie Jörg Haider das präzise auf den Punkt brachte.
- 3 So veröffentlicht die Tageszeitung »Der Standard« seit einigen Monaten so genannte Kapitalismusgespräche als Antwort auf die Wirtschaftskrise und hat es dabei erst einmal für notwendig erachtet, eine Linke (Özlem Onaran) zu Wort kommen zu lassen.